
Protokollnotiz der Sitzung des Präsidiums des CK der KPSS, 23. Oktober 1956, und Notizen von A. Novotny über die Sitzung des Präsidiums des CK der KPSS im Zusammenhang mit den Ereignissen in Polen und Ungarn, an der die Parteiführer der BKP, SED und KPTsch teilnahmen, 24. Oktober 1956

Zusammenfassung

Am 23. Oktober 1956 beschloß, mit der Gegenstimme Mikojans, das Präsidium des CK der KPSS unter Führung Chrušč#evs, militärisch in Ungarn zu intervenieren. Die Ereignisse in Ungarn 1956 waren Teil der "Entstalinisierungskrise", die nach dem Tode Stalins den gesamten Ostblock ergriffen hatte. In Ungarn behielten, anders als in Polen, die alten stalinistischen Parteikader die Macht, so daß sich der in der Bevölkerung angestaute Unmut schließlich am 23. Oktober 1956 gewaltsam entlud. Chrušč#evs versuchte das Ungarn-Problem sowohl militärisch als auch politisch zu lösen. Einerseits stimmte er Ger#s Bitte um militärische Intervention zu, andererseits setzte er auf die Reformkräfte um Nagy. Dieser Lösungsversuch schlug jedoch fehl: Die sowjetische Intervention löste eine nationale Revolution aus, und Nagys Versuch, mit Liberalisierungsschritten das Heft des Handelns zurück zu gewinnen, führte zu solch weitgehenden Veränderungen, daß der Einfluß Moskaus in Ungarn massiv bedroht war. Am 4. November marschierten in einer zweiten Intervention abermals Truppen in Ungarn ein und schlugen, diesmal in einer breiten und penibel vorbereiteten Aktion, die Revolution nieder. Die Intervention in Ungarn 1956 zeigte deutlich, daß die Entstalinisierung und die mit ihr verbundene Reformen innerhalb der Ostblockstaaten nur soweit gehen durften, daß sie die Macht Moskaus nicht gefährdeten.

Einleitung

1. Infolge der stalinistischen Herrschaft war es in der Sowjetunion sowie den Ländern des Warschauer Paktes zu enormen sozialen und politischen Verwerfungen gekommen. Zur Entschärfung dieses Konfliktpotentials setzte Chrušč#ev in der Sowjetunion auf eine vorsichtige Entstalinisierungspolitik, ohne damit eine Abkehr vom kommunistischen System und von der führenden Rolle der Partei zu verbinden. Für die häufig altstalinistischen Führungen in den "sozialistischen Bruderländer" war es unklar, inwieweit sie dem unsteten Kurs Chrušč#evs folgen konnten bzw. mußten und wo die Grenzen für eine nationale Politik lagen. Die "Geheimrede" Chrušč#evs bedeutete eine Schwächung der stalinistischen Kräfte gegenüber den Reformern in den innerparteilichen Führungskämpfen. Infolge der politischen und sozialen Verwerfungen und der schwankenden Entstalinisierungspolitik kam es im gesamten Ostblock zu Streiks und Aufständen. Diese "Entstalinisierungskrise" (Foitzik) bildete den Rahmen für die miteinander eng verbundenen Ereignisse in Ungarn und Polen 1956 [1] Foitzik, J. (Hg.), Entstalinisierungskrise in Ostmitteleuropa 1953-1956. Vom 17. Juni bis zum ungarischen Volksaufstand. Politische, militärische, soziale und

nationale Dimensionen, Paderborn u.a. 2001].

In Ungarn wehrte sich der stalinistische Erste Sekretär des ZK der Ungarischen Partei der Werktätigen (Magyar Dolgozók Partja, MDP), Mátyás Rákosi, entschieden gegen eine Entstalinisierungspolitik in seinem Land. Im April 1955 war es ihm gelungen, Imre Nagy, der ihm 1953 von Moskau, nach dem Volksaufstand in der DDR, als Ministerpräsident zur Seite gestellt worden war, wieder zu entmachten und dessen "Neuen Kurs" endgültig zum Scheitern zu bringen. Die innerparteiliche Opposition gegen Rákosi verstärkte sich jedoch und begann, ihn schließlich direkt anzugreifen. Am 27. Juni 1956 übte der von der Jugendorganisation der MDP initiierte Diskussionskreis "Pet#fi Kör" (Pet#fi-Kreis) in einer von den Medien verbreiteten Diskussion erstmals massive öffentliche Kritik an Rákosi. Der am Folgetag im polnischen Posen ausgebrochene Aufstand ließ Rákosi und auch Moskau das Schlimmste für Ungarn befürchten. Allerdings reagierte Moskau anders als von Rákosi erwartet und entmachtete ihn. Am 18. Juli wurde mit Ern# Ger# ein neuer Erster Sekretär gewählt. Doch Ger# war ein Hardliner wie Rákosi und die Situation in Ungarn begann sich nach einer kurzen Beruhigung wieder zu verschärfen. Auch als Ger# sehr vorsichtig Zugeständnisse machte, wie die Rehabilitierung Laszlo Rajks, verbesserte sich die Lage für die Parteiführung nicht. Nachdem es vom 19. bis 21. Oktober zur Gründung eines unabhängigen Studentenverbandes gekommen war, beschlossen die Studenten der Technischen Universität diesem beizutreten und der Regierung eine "16 Punkte"-Deklaration vorzulegen. In dieser forderten die Studenten u.a. den Abzug der sowjetischen Truppen aus Ungarn, freie und geheime Wahlen sowie Meinungsfreiheit. Nachdem ihnen eine Verlesung der Forderungen im Rundfunk untersagt worden war, riefen sie zu einer Demonstration am 23. Oktober 1956 auf, mit der sie ihre Forderung durchsetzen, aber auch ihre Sympathie mit dem neuen Reformkurs in Polen unter Parteisekretär Gomu#ka ("Polnischen Oktober") bekunden wollten. Die Demonstration am 23. Oktober 1956 begann friedlich. Anfänglich stand die Demonstration ganz im Zeichen der Sympathie für die Veränderungen in Polen. Im Laufe des Tages verschärfte sich aber der Ton und die Demonstranten, deren Anzahl von 50.000 auf 200.000 anstieg, forderten schließlich "Russen nach Hause! Rákosi in die Donau, Imre Nagy an die Macht!" [2) Ahn, T. v., Fischer, H., Die Ungarische Revolution 1956, Erfurt 2006, S. 22f].

Gegen 21.00 Uhr versammelten sich die Demonstranten vor dem Rundfunkgebäude und forderten die Verlesung der "16 Punkte" im Radio. Statt dessen wurde jedoch eine Rundfunkansprache von Ger# ausgestrahlt, in der die Demonstranten als Faschisten bezeichnet und ihnen harte Strafen angedroht wurden. Die dadurch verschärfte Situation eskalierte, als aus dem Rundfunkgebäude Schüsse auf die Demonstranten abgegeben wurden. Der Aufstand brach los: das Stalin-Denkmal wurde gestürzt und Waffendepots, Telefonzentralen sowie das Redaktionsgebäude der Parteizeitung und das Rundfunkgebäude gestürmt.

Bereits seit dem späten Nachmittag wurden in der Sowjetischen Botschaft in Budapest Überlegungen zu einer militärischen Intervention angestellt. Ger# hatte beim Militärattache der Botschaft darum ersucht. Der sowjetische Botschafter in Ungarn (Andropov) und der Befehlshaber des "Besonderen Armeekorps" der sowjetischen Streitkräfte in Ungarn informierten von diesem Hilfsersuchen auch Chruš#ev und den sowjetischen Verteidigungsminister Žukov. Chruš#ev, der zunächst gezögert hatte, weil er nicht von Ger# selbst darum gebeten worden war, stimmte der Intervention schließlich zu. Er verlangte zugleich ein schriftliches Hilfsersuchen der ungarischen Regierung und eine mögliche Zusammenkunft des Zentralkomitees der MDP erst nach der Lösung des Konflikts, außerdem sollte Nagy

vorerst nicht zum Ministerpräsidenten bestimmt werden.

2. Die Dokumente

Bei den drei hier abgedruckten Dokumenten handelt es sich 1. um eine kurze handschriftliche Arbeitsnotiz des Leiters der Allgemeinen Abteilung des CK der KPSS, Vladimir Malin, über die Nachtsitzung des Präsidiums des CK der KPSS am 23. Oktober 1956, 2. um eine Arbeitnotiz Malins über die erweiterte Sitzung des Präsidiums des CK mit den Parteichefs der kommunistischen "Bruderparteien" der DDR, #SSR und Bulgariens am 24. Oktober 1956 und 3. um eine Mitschrift des Sekretärs von Novotný, Jan Svoboda ebenfalls über die Sitzung vom 24. Oktober.

Die Dokumente berichten 1. über die, mit einer Gegenstimme (Mikojan) gefällte Entscheidung der sowjetischen Führung, in Ungarn militärisch zu intervenieren, 2. über die Zustimmung der Vertreter der Bruderparteien zur Intervention in Ungarn, nur Ulbricht wünschte sich noch ein härteres Vorgehen und kritisierte die Position Moskaus als zu nachgiebig, 3. über die Entwicklung in Ungarn, wie sie sich für Chruš#ev darstellte, 4. die Überzeugung Moskaus, den Aufstand schnell niederschlagen zu können, und 5. die Zustimmung Chruš#evs zur Mitarbeit Nagys, jedoch nicht als Regierungschef, in der ungarischen Regierung.

Sie belegen 1. die große Zustimmung der Parteiführungen in Moskau, Berlin und Prag zu der Intervention, 2. daß außenpolitische Überlegungen gegenüber dem Westen in den Sitzungen keine Rolle spielten, 3. daß die Initiative zur Intervention von Ger# und dem sowjetische Botschafter in Ungarn, Andropov, ausging, und 4. daß Chruš#ev versuchte, die Lage in Ungarn gleichzeitig politisch, mit der Aufwertung des Reformers Nagys, und militärisch, ähnlich dem begrenzten und eher als Machtdemonstration gestalteten Einsatz in Ost-Berlin 1953, zu lösen.

3. Folgen der Intervention

Zum Zeitpunkt der Sitzung am 24. Oktober 1956 hatten die sowjetischen Truppen bereits (ab vier Uhr) Einzug in Budapest gehalten. Sie stießen auf erbitterten Widerstand. Der Einsatz der Truppen führte zu einem nationalen Aufstand in Ungarn. Die ungarische Parteiführung kürte Imre Nagy noch am selben Tag zum Ministerpräsidenten, um die Unruhen durch politische Zugeständnisse einzudämmen. Ger# blieb aber Erster Sekretär der Partei. Die Emissäre aus Moskau, Mikojan, Suslov und Serov trafen erst am Nachmittag in Ungarn ein und wurden mit der Wahl Nagys vor vollendete Tatsachen gestellt, denen sie letztendlich aber zustimmten.

Die neue Regierung unter Nagy verhängte das Standrecht und bezeichnete den Aufstand als konterrevolutionär. Die Kämpfe hielten weiter an. Am 25. Oktober kam es zu einem Massaker an Demonstranten auf dem Platz vor dem Parlament, nachdem Schüsse auf die versammelten Demonstranten und mit ihnen verbrüderte sowjetische Soldaten aus umliegenden Gebäuden abgefeuert worden waren. Der Aufstand breitete sich im ganzen Land aus. Die Nagy-Regierung befand sich unter gewaltigem Druck und suchte nach politischen Lösungen. Die Kämpfe innerhalb der Parteiführung hielten weiter an, aber die Reformer begannen sich langsam gegen die Stalinisten durchzusetzen. Ger# wurde von János Kádár als Parteichef abgelöst, und Nagy kündigte Verhandlungen über den sowjetischen Abzug der Truppen, ohne Rücksprache mit Mikojan, an.

Am 28. Oktober wurde die neue Regierung vereidigt. In einer ersten Radioansprache kündigte Nagy erneut Verhandlungen zum Abzug der sowjetischen Truppen an, versprach den Aufständischen Straffreiheit, erkannte die inzwischen gebildeten revolutionären Organe an und verordnete einen Waffenstillstand. Den Aufstand bezeichnete er nicht mehr als konterrevolutionär. Nagy versuchte, durch diese Eingeständnisse die Lage zu beruhigen. Die Kämpfe flauten auch aufgrund des Waffenstillstandes ab.

Am selben Tag erhielt die sowjetische Führung das bereits am 23. Oktober geforderte Interventionsersuchen der ungarischen Regierung für den sowjetischen Einmarsch am 24. Oktober. Da Ger# nicht Regierungschef, sondern "nur" Parteichef war, konnte er ein solches Hilfersuchen nicht selbst unterschreiben. Da Nagy die Unterschrift verweigerte, unterzeichnete schließlich am 27. Oktober Hegedüs das auf den 24. Oktober zurückdatierte Schreiben, obwohl er nicht mehr das Amt Ministerpräsidenten innehatte.

Am 30. Oktober erklärte Nagy die Abschaffung des Einparteiensystems und nahm in die Regierung Mitglieder der Partei der kleinen Landwirte und der Nationaldemokratischen Partei auf. Am 31. Oktober löste sich die alte kommunistische MDP auf. Sie wurde am selben Tag als Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei (Magyar Szocialista Munkáspárt, MSZMP) neu gegründet und das Politbüro mit reformfreundlichen Kräften besetzt, die hofften, dadurch die Situation beruhigen zu können. Bereits am 30. Oktober hatte Moskau in einer Deklaration erklärt, daß es sich nicht die inneren Angelegenheiten der "Bruderländer" einmischen werde und daß die Stationierung von sowjetischen Truppen überprüft werden könne. Die sowjetischen Truppen wurden zur gleichen Zeit aus Budapest, 30./31. Oktober abgezogen, wenn auch nur aus taktischen Gründen.

Am 31. Oktober beschloß das Präsidium des CK der KPSS die erneute Intervention, die schließlich am 4. November erfolgen sollte. Die Moskauer Führung sah, trotz der durch Mikojan signalisierten Zustimmung zu den Veränderungen in Ungarn, ihre Macht immer mehr schwinden. Jeder weitere Schritt bedeutete in ihren Augen den Machtverlust in Ungarn, der im gesamten Ostblock eine Kettenreaktion auslösen konnte. Da die Westmächte mit der gleichzeitig ausgebrochenen Suezkrise beschäftigt waren und die USA Moskau ihre Nichteinmischung in Ungarn signalisiert hatten, war mit Problemen von Seiten der Westmächten nicht zu rechnen. Um die Intervention zum Erfolg zu führen, wurden außerdem die Führer der befreundeten kommunistischen Parteien von dem Schritt informiert. Bis auf die polnische Führung signalisierten alle anderen Bruderländer ihre Zustimmung. Um die erfolgreiche Installation einer neuen Regierung in Ungarn nach dem Einmarsch sicherzustellen, wurden erhebliche Vorbereitungen getroffen. Am 1. November flogen, unter bis heute ungeklärten Umständen, Parteichef Kádár und Innenminister Münnich nach Moskau, wo sie mit der Führung der neuen Regierung beauftragt wurden. Des Weiteren arbeitete man in Moskau ein Regierungsprogramm für die neue Regierung aus.

Am 1. November bekam Nagy erste Meldungen über die Verstärkung der sowjetischen Truppen in Ungarn. Nagy mußte also mit einer unmittelbaren zweiten Invasion rechnen. Um der Sowjetunion das Interventionsrecht streitig zu machen, erklärte Nagy kurzerhand den Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt und die Neutralität seines Landes. Moskau stritt offiziell alle Invasionspläne ab und erklärte sich bereit, über den Truppenabzug aus Ungarn zu verhandeln. Am Abend des 3. November begab sich der ungarische Verteidigungsminister Pál Maléter mit einer Kommission zum sowjetischen Hauptquartier in Tököl bei Budapest, um über den Abzug weiter zu diskutieren. Am späten Abend wurden sie von KGB-Chef Serov bei den Verhandlungen verhaftet. Die zweite Invasion hatte begonnen.

Am 4. November um 4.15 Uhr rollten die Panzer wieder in Budapest ein. Die Kämpfe, die im ganzen Land tobten, dauerten bis zum 11. November. Nagy flüchtete noch am 4. November in die jugoslawische Botschaft, wo er bis zum 22. November blieb. Beim Verlassen der Botschaft wurde er vom KGB nach Rumänien entführt, wo er bis zum April 1957 fest gehalten wurde. Danach saß er bis zur Eröffnung des Geheimprozesses vom 9. bis 15. Juni 1958 in Budapest im Gefängnis. Am 16. Juni 1958 wurde er zusammen mit Maléter hingerichtet.

Die neue Kádár-Regierung, die am 9. November in Budapest eintraf, setzte sich mit Unterstützung der sowjetischen Truppen durch und machte der Revolution in Ungarn endgültig ein Ende. In der Zeit vom 23. Oktober, dem Tag des ersten sowjetischen Einmarsches bis zum 31. Dezember starben infolge der Kämpfe auf Seiten des Widerstandes 2.652 Menschen, 19.926 wurden verwundet; auf sowjetischer Seite gab es 699 Tote und 1.541 Verwundete. Zwischen 180.000 und 240.000 Ungarn flohen aus ihrem Land [3] Dalos, G., 1956. Der Aufstand in Ungarn, Bonn 2006 (= Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 591), S. 184ff].

Jörn Petrick

Quellen- und Literaturhinweise

Ahn, T. v., Fischer, H., Die Ungarische Revolution 1956, Erfurt 2006.

Békés, C., Byrne, M., Rainer, J.M. (Hg.), The 1956 Hungarian Revolution. A History in Documents, Budapest / New York 2002.

Dalos, G., 1956. Der Aufstand in Ungarn, Bonn 2006 (= Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 591).

Foitzik, J., "Ostmitteleuropa zwischen 1953 und 1956. Sozialer Hintergrund und politischer Kontext der Entstalinisierungskrise", in: Foitzik, J. (Hg.), Entstalinisierungskrise in Ostmitteleuropa 1953-1956. Vom 17. Juni bis zum ungarischen Volksaufstand. Politische, militärische, soziale und nationale Dimensionen, Paderborn u.a. 2001, S. 21-54.

Fursenko, A.A. (Hrsg.), Prezidium CK KPSS 1954-1964. Tom 1. #ernovye protokol'nye zapisi zasedanij Stenogrammy, Moskau 2003.

Granville, J., Hungarian and Polish Reactions to the Events of 1956. New Archival Evidence, in: Europe-Asia-Studies 53, 2001, S. 1051-1076.

Kramer, M., Entstalinisierung und Krisen im Ostblock, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 2006, Heft 17-18, S. 8-16.

Kusber, J., Zwei Lösungen eines Problems. Die Sowjetunion und das Jahr 1956 in Polen und Ungarn, in: Osteuropa 56, 2006, S. 87-97.

Machcewicz, P., Der Umbruch 1956 in Polen. Gesellschaftliches Bewußtsein, Massenbewegung, politische Krise, in: Foitzik, J. (Hg.), Entstalinisierungskrise in Ostmitteleuropa 1953-1956, S. 139-164.

Orechova, E.D., Sereda, V.T., Stykalin, A.S. (Hrsg.), Sovetskij Sojuz i vengerskij krizis 1956 goda. Dokumenty, Moskau 1998.

Vida, I., Die Sowjetunion und die ungarischen Ereignisse im Herbst 1956, in: Foitzik, J. (Hg.), Entstalinisierungskrise in Ostmitteleuropa 1953-1956, S. 79-111.

NANU? fett Protokoll der Sitzung des Präsidiums des CK der KPSSÖHA!

23. Oktober 1956

S. 4.

Anwesend: Bulganin, Kaganovi#, Mikojan, Molotov, Pervuchin, Saburov, Chruš#ev, Suslov, Brežnev, Žukov, Furceva, Šepilov.

Über die Lage in Budapest und in Ungarn im allgemeinen.

(Genossen Žukov, Bulganin, Chruš#ev)

Information des Genossen Žukov.

Demonstration von 100 000 Personen in Budapest. Eine Rundfunkstation brennt. In Debrecen sind die Gebäude des Gebietskomitees und der Gebietsverwaltung des Innenministeriums besetzt.

Genosse Chruš#ev spricht sich für den Einmarsch der Truppen in Budapest aus.

Genosse Bulganin hält den Vorschlag des Genossen Chruš#ev für richtig. Man soll die Truppen einmarschieren lassen.

Genosse Mikojan: Ohne Nagy bekommt man die Bewegung nicht in den Griff. Das ist auch für uns günstig. Äußert Zweifel bezüglich des Einmarsches der Truppen. Was verlieren wir? Mit den Händen der Ungarn selbst werden wir die Ordnung herstellen. Wenn wir die Truppen einmarschieren lassen, werden wir die Sache verderben. [Zuerst] muß man es mit politischen Mitteln versuchen, und dann die Truppen einmarschieren lassen.

Genosse Molotov: Mit Nagys Händen wird Ungarn ruiniert. Für den Einmarsch der Truppen.

Genosse Kaganovi#: Man ist dabei, die Regierung zu stürzen. Es gibt keinen Vergleich zu Polen. Für den Einmarsch der Truppen.

Genosse Pervuchin: Man muß die Truppen einmarschieren lassen.

Genosse Žukov: Es gibt einen Unterschied zu Polen. Man muß die Truppen einmarschieren lassen. Ein Mitglied des Präsidiums des CK muß sofort hinfahren. Der Ausnahmezustand ist im Land auszurufen. Ausgangssperre ist zu verhängen.

Genosse Suslov: Die Situation ist anders als in Polen. Man muß Truppen einmarschieren lassen.

Genosse Saburov: Man muß Truppen einmarschieren lassen, um die Ordnung aufrechtzuerhalten.

Genosse Šepilov: Für den Einmarsch der Truppen.

Nach Budapest sind Genossen Malinin

Genosse Kiri#enko: Für den Einmarsch der Truppen.

Nach Budapest sind Genossen Malinin und Serov zu schicken.

Genosse Chruš#ev: Nagy ist zur politischen Tätigkeit heranzuziehen. Zum Regierungsoberhaupt braucht man ihn vorerst nicht zu machen. Nach Budapest sollten Genossen Mikojan und Suslov fliegen.

(Übersetzung aus dem Russ. von L. Antipow)

Quelle: http://1000dok.digitale-sammlungen.de/dok_0014_ung.pdf

Datum: 16. September 2011 um 15:07:39 Uhr CEST.

© BSB München
